



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Schönberg (SCHÖN/HA/04/2010) vom 06.07.2010

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Wilfried Zurstraßen

Mitglieder

Herr Jürgen Cordts

Herr Leo Derrik

ab 20.05 Uhr

Herr Peter Ehlers

Vertretung für Herrn Sönke Stoltenberg

Herr Wolfgang Mainz

Herr Uwe Manstein

Vertretung für Herrn Dieter Winkler

Herr Henner Meckel

Frau Claudia Petersen

von der Verwaltung

Herr Stefan Gerlach

Zu TOP 3

Protokollführer/in

Frau Angela Grulich

Abwesend:

Mitglieder

Herr Sönke Stoltenberg

Herr Dieter Winkler

Beginn: 20:00 Uhr
Ende 21:50 Uhr
Ort, Raum: 24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Ausschussmitglied Cordts erklärt zur Tagesordnung, dass er bei TOP 5 „Steuerangelegenheiten“ nicht nachvollziehen könne, warum dies nichtöffentlich beraten werden soll. Letztendlich gehe es nicht um einen individuellen Steuerfall, sondern um eine allgemeine Angelegenheit. Er stellt daher den Antrag, den Tagesordnungspunkt öffentlich zu beraten.

Der Bürgermeister erläutert, dass Hintergrund für die Eingliederung in den nichtöffentlichen Sitzungsteil der war, dass er von den Umlandgemeinden angesprochen wurde, wie sich Schönberg in dieser Steuerangelegenheit positionieren will. Dies habe er als Auftrag verstanden, zunächst ein Stimmungsbild abzufragen. Heute gehe es also zunächst darum, auszuloten, ob die Gemeinde überhaupt in diese Richtung gehen will. Dieses Verfahren sei auch mit den anderen infragekommenden Gemeinden abgestimmt. Selbstverständlich werde dann

in einem zweiten Schritt über einen konkreten Satzungsentwurf beraten und beschlossen und dies dann auch in öffentlicher Sitzung.

Ausschussmitglied Cordts erklärt, dass er trotz dieser Erläuterung, die die Hintergründe erklären, bei dem Antrag bleibe, die Angelegenheit öffentlich zu behandeln.

Der Bürgermeister erkundigt sich, wie dies von den übrigen Ausschussmitgliedern gesehen wird.

Der Haupt- und Finanzausschuss spricht sich einvernehmlich dafür aus, die Steuerangelegenheit öffentlich zu beraten.

Der Bürgermeister schlägt vor, dann den Tagesordnungspunkt nach vorn zu verschieben, um dem Amtsmitarbeiter Gerlach zu ermöglichen, nach Abschluss des Tagesordnungspunktes den Sitzungssaal zu verlassen. Dies stößt auf Einvernehmen. Der TOP „Steuerangelegenheiten“ wird damit zu TOP 3. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor, diese lautet damit wie folgt:

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Einwohnerfragestunde
2. Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.05.2010 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
3. Steuerangelegenheiten
4. Bekanntgaben und Anfragen

SCHÖN/BV/154/2010

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen liegen nicht vor.

TO-Punkt 2: Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.05.2010 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Ausschussmitglied Meckel verweist auf ein redaktionelles Versehen auf Seite 8 der Niederschrift. Dort sind bei der Darstellung des Stimmenverhältnisses sowohl bei den Ja-Stimmen als auch bei den Nein-Stimmen jeweils 7 Stimmen aufgeführt. Der Ausschuss bestand aber insgesamt nur aus 7 Stimmberechtigten und die Beschlusslage war seinerzeit einstimmig dafür.

Dies wird berichtet.

Weitere Einwendungen werden nicht vorgetragen.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner letzten Sitzung keine Beschlüsse in nichtöffentlicher Sitzung gefasst hat.

**TO-Punkt 3: Steuerangelegenheiten;
hier: Einführung einer Stellplatzsteuer für Dauercamper
Vorlage: SCHÖN/BV/154/2010**

Der Bürgermeister erläutert ausführlich die Vorlage; dies auch vor dem Hintergrund aktueller Haushaltsdaten und einer Prognose für die Entwicklung des Haushaltsdefizits in 2010, das sich voraussichtlich auf ca. 100.000 € +./X erhöhen werde.

Ausschussmitglied Petersen hat Probleme bei der Vorstellung der Durchführung dieser Stellplatzsteuer. Sie erkundigt sich, wie die Gemeinde an die erforderlichen Daten herankomme.

Amtsmitarbeiter Gerlach erläutert, dass dies im Wege eines Auskunftsersuchens an den Campingplatzbetreiber erfolgen werde.

Der Bürgermeister ergänzt, dass eine entsprechende Auskunftspflichtung in eine Satzung mit aufgenommen werde.

Ausschussmitglied Petersen erkundigt sich ferner, ob Voraussetzung für die Erhebung der Steuer sei, dass sich der Urlauber 43 Tage am Stück auf dem Campingplatz aufhalte.

Amtsmitarbeiter Gerlach erläutert, dass dies in der Regel bei Dauercampnern sicherlich der Fall sei, aber man werde im Satzungstext dafür Sorge tragen, dass letztendlich diese 43-Tage-Regelung nicht unterlaufen werden könne, indem jemand nach 40 Tagen abreist, um sich dann nach einigen Tagen den Stellplatz erneut zu mieten. Dies hält er allerdings auch in der Praxis für unwahrscheinlich.

Ausschussmitglied Petersen sieht dies bei den Campingwagen ebenso. Sie denke allerdings an die Wohnmobile, die häufig herumtoure. Sie frage sich, wie man diese erfasse.

Der Bürgermeister erläutert, dass Wohnmobile in der Regel nicht lange an einem Ort stehen, aber auch die Wohnmobilisten müsse man sicherlich bei der Satzungserstellung im Fokus haben.

Ausschussmitglied Petersen stellt fest, dass die Gemeinde dann also in erster Linie auf die Angaben der Campingplatzbetreiber angewiesen sei, da diese die erforderlichen Daten zur Erhebung der Steuer liefern müssten. Diese haben daher einen sehr großen Mehraufwand, der sicherlich nicht auf Gegenliebe stoßen wird.

Der Bürgermeister zieht den Vergleich zur Zweitwohnungssteuer. Bei Einführung dieser Steuer gab es seinerzeit zu Anfang sehr viele Proteste und dementsprechend auch viele Widersprüche und Klagverfahren. Im Laufe der Zeit haben sich diese Verfahren deutlich reduziert. Er rechnet bei Einführung einer Stellplatzsteuer mit einem ähnlichen Verlauf.

Auch Ausschussmitglied Cordts sieht es so, dass die Anfangsphase schwierig werden wird, aber in der Regel sind die Dauercamper über Jahre hinweg auf dem gleichen Campingplatz und den Campingplatzbetreibern insoweit auch bekannt, so dass der Aufwand sich in Grenzen halten dürfte. Er verweist auf einen Antrag, der in den Landtag eingebracht worden sei, wonach es zukünftig ggf. auch möglich sein wird, Immobilie und auch Hütten auf Campingplätzen aufzustellen. Er erklärt, dass die Verwaltungsvorlage für ihn sehr gut aufbereitet, schlüssig und informativ sei. Seiner Auffassung nach sollte man an die Sache herangehen. Der Verwaltungsaufwand wird sicherlich nach Anlaufen auch in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen stehen. Vor einem Wettbewerb mit anderen Tourismusgemeinden habe er keine Angst, weil Schönberg letztendlich eine exponierte Lage habe und sehr attraktiv sei. Der Aufschrei, der erst einmal kommen wird, müsse die Gemeinde aushalten. Seiner Auffassung nach sollte man die Diskussion anschieben und die möglicherweise entstehenden gesetzlichen Neuerungen mit in den Satzungsentwurf einfließen lassen.

Ausschussmitglied Manstein fragt sich, wie der in der Vorlage aufgeführte Verwaltungskostenbeitrag zustande kommt und wie er sich entwickeln wird.

Der Bürgermeister erläutert, dass es sich hier um eine Pauschalgröße auf Basis von geschätzten Zeiteinheiten und KGSt-Sätzen handelt. Bei der Kalkulation handelt es sich um den gewogenen Durchschnitt.

Amtsmitarbeiter Gerlach erläutert ergänzend, dass man bei der Berechnung eine 15-minütige Bearbeitungszeit pro Fall zugrunde gelegt habe, die sicherlich in der Anfangszeit deutlich überschritten werden dürfte. Insofern handelt es sich in der Tat um einen Durchschnittswert.

Ausschussmitglied Manstein stellt klar, dass dann also dieser genannte Betrag über einen längerfristigen Zeitraum bestehen bleibe und sich nicht innerhalb kürzester Zeit deutlich erhöhen werde.

Der Bürgermeister erläutert, dass man dies sicherlich noch einmal mit dem Amt explizit aushandeln müsse. Ziel sei es aber, auf jeden Fall einen Durchschnittswert zu erzielen, der über einen längeren Zeitraum unverändert bestehen bleibt.

Amtsmitarbeiter Gerlach und der Bürgermeister beantworten weitere Fragen zu den Inhalten der Verwaltungsvorlage.

Ausschussmitglied Mainz erklärt für die SPD, dass diese dafür sei, das Thema anzugehen. Er würde diesen Schritt gern gemeinsam mit den Umlandgemeinden gehen, aber auf der anderen Seite ist er auch der Meinung der EIS, dass Schönberg attraktiv genug ist, um die Steuer notfalls auch alleine zu erheben.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass Schönberg seinerzeit auch die Zweitwohnungssteuer als Vorreiter allein erhoben habe. Es stelle sich auch hier die Grundsatzfrage, ob sich die Gemeinde Schönberg auch mit dem Thema weiter befassen will, wenn keine der Umlandgemeinden mitmacht.

Für Ausschussmitglied Mainz ist dies eine schwierige Frage, da die SPD es grundsätzlich begrüßen würde, dass die übrigen Gemeinden mitziehen. Aber er ist der Auffassung, dass Schönberg es trotzdem angehen sollte, allein schon wegen der Not der Kassenlage.

Ausschussmitglied Cordts erklärt, dass die EIS diesen Weg auf jeden Fall beschreiten will. Wenn man sparen wolle, müsse man auch nach neuen Einnahmen suchen.

Ausschussmitglied Petersen erklärt, dass die CDU es grundsätzlich auch schöner fände, wenn man dieses Projekt gemeinschaftlich auf den Weg bringt. Sie verweist auf die touristische Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen. Aber, wenn es nicht anders ginge, könne sie sich auch dafür aussprechen, den Weg alleine zu gehen.

Der Bürgermeister zieht den Vergleich zur Kurabgabe und Fremdenverkehrsabgabe und erklärt, dass es durchaus auch in der Vergangenheit trotz der touristischen Zusammenarbeit Unterschiede zwischen den Gemeinden gegeben habe.

Ausschussmitglied Mainz verlässt den Sitzungssaal um 20:43 Uhr, er betritt den Sitzungssaal um 20:45 Uhr.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst daraufhin folgenden

Beschluss: Auf Grundlage der vom Amt zur Verfügung gestellten Daten spricht sich der Haupt- und Finanzausschuss für die Erhebung einer Stellplatzsteuer zum 01.01.2011 aus.

Stimmberechtigte:	8		
Ja-Stimmen: 8	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 4: Bekanntgaben und Anfragen

Ausschussmitglied Petersen stellt fest, dass der Parkraum am Mittelstrand für Frestrandbesucher deutlich reduziert sei, da dieser Parkplatz überwiegend von Wohnmobilen genutzt werde. Der Frestrand sei damit für einfache PKW-Strandbesucher kaum nutzbar.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Wohnmobilisten eine kleine Gebühr zahlen für die Möglichkeit, auf dem Platz übernachten zu dürfen. Er erläutert die Entwicklung und Entstehung dieser Gebühr. Eine bestimmte Anzahl von Stellplätzen sei im übrigen im F-Plan ausgewiesen. Die Wohnmobilisten nutzen die Sanitäreanlagen der Gemeinde. Deshalb gibt es eine Vereinbarung mit dem Grundstückseigentümer, eine Beitragseinziehung pro Fahrzeug vorzunehmen. Auch dieses Thema werde man im Zusammenhang mit der Erhebung einer Stellplatzsteuer im Sinnen einer Beitragsgerechtigkeit anpacken müssen und die bestehende Praxis überprüfen.

Ausschussmitglied Petersen bedankt sich für die Ausführungen.

gesehen:

Wilfried Zurstraßen
- Ausschussvorsitzender -

Angela Grulich
- Protokollführerin -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -